



HEIDI RODIS/POSAUNE

Die Verschwörung gegen den Brexit – enthüllt

Die Art und Weise wie Großbritanniens Politiker den Willen des Volkes betrügerisch unterwandern, ist nun klar erkennbar. Aber warum tun sie das?

- Richard Palmer
- [01.01.2020](#)

Sie können es den „tiefen Staat“ nennen, oder „das Establishment“ oder einfach „die Großartigen und die Guten“. Praktische alle Leute, die einen großen Namen haben, brachten die letzten drei Jahre damit zu, den Brexit aufzuhalten und dafür zu sorgen, dass Großbritannien in der EU bleibt.

Jahre nachdem die Briten dafür stimmten, die Europäische Union zu verlassen, wird jetzt endlich der volle Umfang der Verschwörung offenbar. Und das Komplott enthüllt eine Macht, die hinter den Kulissen aktiv ist – nicht nur in der britischen Politik, sondern überall auf der Welt.

Lügen

Jahrelang hatte ein Teil der Bevölkerung ziemlich lautstark gefordert, Großbritannien solle aus der EU austreten. Das Referendum über den Brexit wurde konzipiert, um diese Leute zum Schweigen zu bringen. Schließlich rief der damalige Premierminister David Cameron – ein Befürworter des Verbleibs in der EU – zu dem Referendum auf, um die Angelegenheit endgültig zu den Akten zu legen.

Die EU-Befürworter dachten, sie würden die Abstimmung mit Leichtigkeit gewinnen. Schließlich brauchte man sich ja nur anzusehen, wer alles auf ihrer Seite war: Alle noch lebenden ehemaligen Premierminister, alle größeren Parteien, alle Regierungsbehörden, die BBC, die Bank von England, alle größeren internationalen Banken, der Internationale Währungsfond (IWF), der britische Industrieverband, der damalige Präsident der Vereinigten Staaten und sehr viele Prominente.

Wie konnte der Brexit trotz alledem Erfolg haben?

Um sicher zu gehen, konzentrierten sich die EU-Befürworter auf eine immer gleichbleibende Botschaft: DER BREXIT IST GLEICHBEDEUTEND MIT EINER KATASTROPHE.

Das Schatzamt sagte, eine Mehrheit für den Austritt bei dem Referendum würde sofort eine Rezession auslösen und dass im Vereinigten Königreich in dem Jahr nach der Abstimmung eine halbe Million Arbeitsplätze verloren gehen würden. Der Finanzminister George Osborne sagte, er müsste dann wohl ein Notbudget abrufen und die Steuern erhöhen, um so die im Haushalt fehlenden 30 Millionen Pfund (38,7 Millionen Dollar) abzudecken, die der Brexit in den Staatsfinanzen verursachen würde.

Der Internationale Währungsfond ließ verlauten, ein Brexit würde zu einem „starken Preisverfall beim Aktienkapital und bei den Immobilien führen“. Die Regierung behauptete, die Haushalte würden pro Jahr 4.300 Pfund verlieren – jedes Jahr in der vorhersehbaren Zukunft. Barclays meinte, die Wirtschaft würde 2017 um 0,4 Prozent zurückgehen und Credit Suisse sagte sogar einen Rückgang von 1 Prozent voraus. Ein Experte sagte auf CNN, „der Konkurs der Lehman Brothers sei ein Nichts im Vergleich zu den Folgen eines Austritts Großbritanniens aus der EU.“

Andere Experten sagten eine Verknappung der Lebensmittel voraus. Die Institute für Lebensmittelforschung prophezeiten

„erhebliche Störungen“ bei den Lieferketten Großbritanniens. Und überall im Land würden kranke Menschen sterben, weil sie keine Medikamente mehr bekommen könnten.

Unter all diesem Stress dachten viele Leute, eine Mehrheit für das Verbleiben in der EU sei unausweichlich. Selbst Nigel Farage, einer der wichtigsten Fürsprecher des Austritts dachte, die Befürworter des Brexits würden verlieren. Am Tag der Abstimmung sagte er: „Es sieht so aus, als würde die Mehrheit für ein Verbleiben in der EU stimmen.“

Dann passierte das Unerwartete. Mehr als 16 Millionen waren für den Verbleib, aber mehr als 17 Millionen stimmten für den Austritt. Der Sieg von 52 Prozent gegen 48 Prozent für den Brexit bescherte dem Land den größten demokratischen Wählerauftrag seiner Geschichte!

Die Folgen der Entscheidung für den Austritt strafte alle Voraussagen Lügen. Die Wirtschaft Großbritanniens ging nicht um 1 Prozent zurück – ja, nicht einmal um ein halbes Prozent. Sie *wuchs* um 1,4 Prozent. Es gab keine Verknappung der Lebensmittel oder der Medikamente. Keine der vorhergesagten Katastrophen passierte.

Heuchelei

Schon einen Tag nach der Abstimmung verlangten Aktionsgruppen der EU-Befürworter ein zweites Referendum. Das ist ein probates Verfahren der EU. Sie benutzten es, nachdem Irland den Vertrag von Nizza abgelehnt hatte und auch bei der Ablehnung des Lissabon-Vertrages: *Das ist die falsche Antwort – versucht es nochmal.*

Aber die pro-europäischen Politiker konnten sich diesen Aufruf so schnell gar nicht zu Eigen machen. Während ihres Wahlkampfes für den Verbleib hatten sie betont, diese eine Abstimmung werde das einzige Referendum sein, weil sie auf ihren Sieg vertraut hatten. „Es wird keine zweite Chance oder Wiederholung geben“, hatte das Wahlkampfbüro verlauten lassen. Der damalige Premierminister John Major erklärte: „Es wird kein weiteres Referendum über Europa geben. Dieses ist das einzige.“ Eine Broschüre der Regierung, die an alle Haushalte des Landes geschickt wurde, versprach, dass diese Abstimmung eine „einmalige Entscheidung für eine ganze Generation“ sei. „Die Regierung wird umsetzen, was Sie entscheiden“, hieß es da. Eine Kehrtwende und eine Kampagne für ein zweites Referendum nach dieser „Entscheidung für eine ganze Generation“ hätten die Politiker als Lügner und Heuchler entlarvt.

Wir sehen jetzt jedoch, dass sie eine subtilere Strategie anwendeten. Sie sagten zwar, sie würden den Willen der Bürger und das Ergebnis des Referendums respektieren, aber sie taten alles, um den Austritt zu verzögern. Ihre Strategie war jetzt, genug Zeit vergehen zu lassen, so dass sie wirklich eine zweite „Entscheidung für die ganze Generation“ verlangen konnten, um dieses Mal die „richtige“ Antwort zu bekommen, so dass Großbritannien in der EU bleibt.

Neun Monate nach der Abstimmung über den Brexit wurden in Großbritannien die Parlamentswahlen abgehalten. Die Politiker mussten ihre Einstellung zum Brexit klarstellen und alle großen Parteien ließen verlauten, sie würden das Referendum respektieren. Die pro-europäische Politiker wussten, dass sie von den Wählern, die für den Brexit waren, nicht gewählt würden, wenn sie ihre Absichten aufrichtig kundtäten. Also versprachen auch sie, den Brexit zu unterstützen. Hier nun ein paar Beispiele einer Fülle ähnlicher Äußerungen der Parlamentsabgeordneten:

„Ich war für einen Verbleib in der EU, aber wenn wir in diesem Land anfangen, den demokratischen Willen der Bürger zu missachten, wird sich das Land schnell in eine Art Bananenrepublik verwandeln, in der ich nicht leben will.“ – HEIDI ALLEN, zu dieser Zeit Konservative, springt aber inzwischen zwischen mehreren Parteien hin und her.

„Niemand sagte: ‚Nun ja, wissen Sie, ich werde hinterher einfach das Wahlergebnis nicht respektieren‘ – so etwas würde wohl nur Donald Trump sagen“ – YVETTE COOPER, Labour Partei

„Viele Leute haben aus guten und respektierten Gründen für den Austritt gestimmt. Wir müssen das Ergebnis respektieren“ – ANNA SOUBRY, damals Konservative, jetzt Teil der unabhängigen Gruppe.

„Die Leute haben abgestimmt und es wäre völlig respektlos und widersinnig zu sagen: ‚Tut uns leid, Leute, das war die falsche Entscheidung. Versucht es nochmal!‘.“ – SIR VINCE CABLE

„Wir müssen alle das Ergebnis des Referendums respektieren. Ich habe während der Kampagne für einen Verbleib in der EU gekämpft. Ich hätte ja auch erwartet, dass dieses Ergebnis respektiert würde, wenn wir gewonnen hätten.“ – SIR KEIR STARMER, Labour Partei

Aber als sie mit diesen Versprechungen schließlich gewählt wurden, begannen diese selben Parlamentsmitglieder, den demokratischen Willen der Bürger ernsthaft zu missachten. Sie taten alles, damit Großbritannien in der EU bleibt.

Das Parlament hat immer wieder jegliche Form von Brexit-Abkommen blockiert. Alle oben zitierten Abgeordneten haben seitdem entweder ein zweites Referendum unterstützt oder sie waren für eine Annullierung des Brexits ohne irgendeine weitere Abstimmung. Sie wurden also wegen ihrer falschen Angaben gewählt.

Ausreden

Bald nach der Abstimmung, die EU zu verlassen, wurde das tatsächliche Datum des Austritts immer wieder verschoben. Die Beamten beteuerten, es werde Jahre dauern, Großbritanniens Beziehungen zur EU zu entflechten. Letztendlich war

Brüssels allgegenwärtige Kontrolle der Gesetze und des Lebens in Großbritannien einer der wichtigsten Gründe, weshalb die Briten den Austritt wollten. Es würde eine Zeit dauern, bis der Brexit ordnungsgemäß durchgeführt war, aber er wäre die Mühe wert.

Also wartete Großbritannien bis zum 29. März 2017, bis es überhaupt offiziell mit dem Prozess begann. An diesem Tag begann ein zweijähriger Countdown mit einem Austrittstermin am 29. März 2019. Während die Verhandlungen und die Verzögerung hinter den Kulissen weitergingen, präsentierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine Unzahl von Vorwänden für ein zweites Referendum: *Die Leute wüssten doch gar nicht, wofür sie da gestimmt hätten. Die Kampagne für den Austritt beruhe auf Lügen. Die Russen steckten dahinter!*

Die Wahlkommission, ein angeblich neutrales Gremium, das eine faire Wahl sicherstellen sollte, trat in Aktion. Die Kommission ignorierte alle Unregelmäßigkeiten der Aktionsgruppen, die gegen den Austritt waren, aber ein junger Brexit-Aktivist namens Darren Grimes wurde gleich dreimal überprüft – bis die Kommission schließlich ein Kästchen fand, das er nicht richtig angekreuzt hatte. Sie gaben eine Million Pfund aus, um ihn strafrechtlich zu verfolgen, aber am Ende sprachen ihn die Gerichte frei.

Auch die offizielle Aktionsgruppe für den Austritt aus der EU wurde von der Wahlkommission ungerecht behandelt. Sie bat das Gremium um Rat bei der Behandlung von Spenden. Die Kommission gab ihnen einen Rat und sie handelten danach. Nach der Abstimmung jedoch zeigte sie die Aktionsgruppe wegen illegalen Verhaltens an – allerdings waren die Gerichte wiederum nicht damit einverstanden.

Die Wahlkommission übergab Arron Banks, ein wichtiger Geldgeber der Kampagne für den Austritt, der Strafverfolgungsbehörde. Auch er wurde vollständig freigesprochen. Die Aktionsgruppe für den Austritt wurde auch wiederholt bezichtigt, geheime Absprachen mit den Russen getroffen zu haben. Nach einer Untersuchung sprach die Strafverfolgungsbehörde Banks auch von diesen Anschuldigungen frei.

Das war ein bedeutender, wenn auch gescheiterter Teil des Komplotts gegen den Brexit. Die Gegner des Austritts hofften, einen Grund zu finden, um die Wahl für ungültig zu erklären und die ganze Abstimmung als fehlerhaft darzustellen, um so einen Grund zu haben, sie zu wiederholen. Der frühere Minister der Labour Party Ben Bradshaw sagte, es sei „sehr wahrscheinlich“, dass ein russischer Cyberkrieg Großbritanniens Votum für den Austritt aus der EU verursacht hatte und linksgerichtete Nachrichtenagenturen machten sich diese Idee zu Eigen. Besonders der *Guardian* kolportierte genüsslich die linken Verschwörungstheorien über Russland. Die Zeitung behauptete sogar, der damalige Chef der britischen Unabhängigkeitspartei Nigel Farage habe angeblich Wahlkampfdaten von Donald Trump auf einem USB Stick zu Wikileaks-Gründer Julian Assange transportiert – Teil einer russischen Verschwörung zur Beeinflussung der Abstimmung über den Brexit und der amerikanischen Präsidentschaftswahl.

Diese Anschuldigungen erwiesen sich immer wieder als falsch. Aber das konnte nicht verhindern, dass ständig neue Behauptungen aufgestellt wurden. Das ist ein verzweifelter, aber doch wirkungsvoller Versuch, eine Ausrede für ein zweites Referendum zu fabrizieren.

Eroberung

Während die Ausreden nicht aufhörten, gingen die Brexit-Verhandlungen weiter. Geführt von Premierministerin Theresa May, (die für ein Verbleiben in der EU war) und durchgeführt von einem Beamten, der versuchte, den Brexit zu verhindern, waren diese Verhandlungen für alle enttäuschend.

Mays Brexit Deal wurde im November 2018 bekannt gemacht. „Wenn die Mitglieder des Parlaments für diesen Deal stimmen, stecken wir unseren Hals in ein Joch“, schrieb Boris Johnson, damals noch ein Hinterbänkler im Parlament. „Wir bereiten uns darauf vor, ein geradezu koloniales Regiment ausländischer Mächte und Gerichtshöfe zu akzeptieren.“ Wie die meisten Befürworter des Brexits hatte er sich von der Regierung distanziert, anstatt Mays Konzept zu unterstützen.

Dem stimmte auch der Geschichtspräsident an der Cambridge Universität Robert Tombs zu. „Es ist in den modernen internationalen Beziehungen praktisch noch nie vorgekommen, dass sich unabhängige Länder einer ausländischen Gerichtsbarkeit und einer ausländischen Gesetzgebung unterwerfen“, schrieb er. „Eine angemessene Analogie findet man nur beim Status der Kolonien (wie zum Beispiel bei den amerikanischen Kolonien vor 1776).“ Die EU hatte wirkungsvoll auf Großbritanniens Votum für den Austritt reagiert, indem sie versuchte, das Vereinigte Königreich in eine Kolonie zu verwandeln. Wie Ambrose Evans-Prichard im *Telegraph* schrieb: „Normalerweise würde kein Land solche Bedingungen akzeptieren, es sei denn, es ist winzig klein, bankrott oder es wurde vorher in einem Krieg besiegt.“

Der Deal fiel im Parlament durch. Sogar mehrmals. Das war ein Problem für die pro-europäischen Politiker. In den Monaten nach dem Referendum hätte Großbritannien bis zum 29. März 2019 die EU verlassen müssen. Wenn Frau Mays Deal im Parlament abgelehnt würde, musste Großbritannien nach den Buchstaben des Gesetzes am 29. März die EU vollständig und ohne Deal verlassen. Anfangs wollte sich Frau May hart an diesen Termin halten und versuchte, den widerspenstigen Parlamentariern ihren Deal aufzuzwingen.

Die Mitglieder des Parlaments, die für ein Verbleiben in der EU waren, starteten daraufhin einen Vorstoß, um die britische Verfassung umzustürzen.

Großbritannien besitzt kein einzelnes niedergeschriebenes verfassungsmäßiges Dokument. Stattdessen *ist* seine

Geschichte der etablierten Regeln und Abläufe seine Verfassung. Diese Verfassung definiert die Rollen der Regierung und des Parlaments. Im Allgemeinen initiiert die Regierung die Gesetzgebung, kontrolliert das Programm des Parlaments und betreibt die Diplomatie mit den anderen Ländern.

In dem Bemühen, den Brexit noch zu stoppen, starteten die pro-europäischen Abgeordneten einen Angriff auf all diese Gewalten.

Mitglieder des Parlaments begannen, beispiellosen Druck auszuüben, um das Programm des Parlaments zu kontrollieren und selbst zu entscheiden, für welche Gesetze wann abgestimmt wurde. Normalerweise ist solch ein Druck nicht erlaubt. Aber der Sprecher des Hauses – der Mann, der als Schiedsrichter fungiert und eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der Verfassung spielt – war bis vor kurzem John Bercow, der leidenschaftlich dafür ist, in der EU zu bleiben. Bercow fährt ein Auto, das einen Aufkleber trägt, auf dem ein Schimpfwort zum Ausdruck bringt, wie sehr er den Brexit hasst. Wenn der Brexit auf dem Programm stand, hat er normalerweise immer den Rat der Parlamentsschreiber ignoriert und gesagt, dass wir „politische und intellektuelle Flexibilität“ brauchen. Wenn es seiner Sache zweckdienlich war, war er bei Präzedenzfällen und Verfassungsangelegenheiten immer sehr pedantisch und konnte dazu längst vergessene und Jahrhunderte alte Regeln ausgraben. Aber wenn das den Brexit verhindern konnte, war er in der Lage, die Regeln auf faszinierende Weise und mit „politischer und intellektueller Flexibilität“ zu verbiegen.

Die Premierministerin sträubte sich dagegen, die EU ohne einen Deal zu verlassen, machte einen Rückzieher und bat die europäischen Staatschefs, die Mitgliedschaft Großbritanniens noch einmal zu verlängern. Wochen vergingen und es wurde klar, dass sie es nicht schaffen würde, irgendeinen Deal, ganz gleich welcher Art, durch das Parlament zu bringen. Am 24. Mai gab sie dann ihren Rücktritt als Parteichefin der Konservativen bekannt.

Die Partei musste einen neuen Parteichef wählen. Am 23. Juni wurde bekanntgegeben, dass Boris Johnson diese Wahl gewonnen hatte und am nächsten Tag war er Premierminister. Er gewann, weil er der stärkste Befürworter des Brexits war und versprach, dafür zu sorgen, dass Großbritannien die EU verlassen würde.

Die Reaktion der Gegner des Brexits war, den Druck noch weiter zu verstärken, um den Brexit mit allen erforderlichen Mitteln zu verhindern.

Putsch

Vom ersten Tag seiner Amtszeit an gab es Bestrebungen, Johnsons Wahl zum Premierminister als unrechtmäßig darzustellen. Britische Wähler stimmen für eine Partei, aber nicht ausdrücklich für einen bestimmten Premierminister. Der Chef der Partei oder Koalition, die über eine Mehrheit im Parlament verfügt, wird Premierminister. Viele von ihnen kamen auch zwischen den Wahlen an die Macht. Aber da es um den Brexit ging, argumentierten die Befürworter eines Verbleibens in der EU, Johnson sei kein korrekter Premierminister ohne eine Wahl.

„Boris Johnson gewann die Unterstützung von weniger als 100 000 konservativen Parteimitgliedern, indem er den Reichen Steuersenkungen versprach, sich als Freund der Banker präsentierte und einen schädlichen Brexit ohne irgendeinen Deal anstrebte. Aber er genießt nicht die Unterstützung unseres Landes“, schrieb der Chef der Labour Party Jeremy Corbyn auf Twitter. Dann postete er: „Die Menschen in unserem Land sollten durch eine Parlamentswahl entscheiden, wer Premierminister wird.“

Auch die Parlamentsabgeordneten traten in Aktion, um Herrn Johnson daran zu hindern, sein Versprechen zu erfüllen und Großbritannien bis zu dem neuen Termin, dem 31. Oktober, aus der EU austreten zu lassen. An Stelle der Regierung übernahm jetzt das Parlament die Kontrolle über sein eigenes Programm und über die britische Außenpolitik, indem es ein Gesetz verabschiedete, das besagte, der Premierminister müsse um eine weitere Verschiebung des Brexit-Termins ersuchen.

Die EU-Befürworter kramten dazu wieder dieselben Feindbilder heraus, die sie schon während der Kampagne für das Referendum 2016 benutzt hatten. Wenn Großbritannien die EU ohne Deal verlasse, würde seine Wirtschaft zusammenbrechen. Jeder Haushalt wäre dann um ein paar tausend Pfund ärmer. Den Läden würden die Lebensmittel ausgehen und viele Leute würden sterben, weil sie nicht mehr mit Medikamenten versorgt werden könnten. Sie gaben vor, es sei ihre patriotische Pflicht, den Austritt zu stoppen.

Sie arbeiteten dabei mit der EU zusammen – ein klares Beispiel für eine Absprache mit dem Ausland in der Brexit-Debatte. Der frühere Finanzminister führte dazu seine eigenen Gespräche mit den Brexit Unterhändlern der EU. Der vermeintlich neutrale Herr Bercow traf sich mit EU Beamten, um die weiteren Schritte zu besprechen. Der ehemalige Premierminister und leidenschaftliche Pro-Europäer Tony Blair bereiste Europa, um sich mit führenden Politikern der Mitgliedsländer zu treffen. Führende Parlamentsabgeordnete, die versuchten, den Brexit zu stoppen, erhielten Ratschläge aus dem Ausland, wie sie die Rechtsvorschriften zu formulieren hätten. Auch andere Leute baten Europa um Hilfe, um in Großbritannien ein zweites Referendum abzuhalten. Die Einmischung des Auslands wurde zu solch einem Ärgernis, dass die Regierung, um das zu stoppen, in Erwägung zog, im Vereinigten Königreich ein ähnliches Gesetz einzuführen wie der Logan Act in Amerika, der es dazu berechtigten Bürgern verbietet, mit ausländischen Regierungen zu verhandeln.

Die Regierung versuchte, diese Machtergreifung des Parlaments zu bekämpfen, indem sie das Parlament „vertagte“ – also so etwas Ähnliches wie beurlauben. Daraufhin griff ein übermächtiges pro-EU Rechtssystem ein. Der oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs erstellte ein neues Gesetz, das dieser Beurlaubung zeitliche Beschränkungen auferlegt. Nach der Verfassung ist es eigentlich die Königin, die auf Anraten des Premierministers das Parlament beurlaubt. Durch dieses

neue Gesetz machte sich der oberste Gerichtshof selbst zur höchsten Instanz des Landes, die sogar die Königin überstimmt. Daher hat Großbritannien nun plötzlich ein oberstes Gericht im Stil der Vereinigten Staaten, das sich in wichtige politische Entscheidungen einmischt – nur leider ohne das Gleichgewicht der Kräfte bei der Auswahl der Richter wie in Amerika.

Die Befürworter des Brexits waren nicht die einzigen, die die ungeheuerliche Machtergreifung des obersten Gerichtshofes anprangerten. In dem Fernsehprogramm „Fast Check“ des Senders Channel 4 wurde gesagt: „Die Experten, mit denen wir gesprochen haben, sagten einmütig: ‚Die heutige Entscheidung ist kolossal.‘“ Prof. Tom Poole von der Londoner Hochschule für Wirtschaftswissenschaften sagte einer im Vereinigten Königreich ansässigen Nachrichtenquelle: „Ich kann mir keinen größeren Verfassungsrechtsfall im Vereinigten Königreich vorstellen.“ Der Historiker David Starkey meinte: „Was seit dem Referendum passiert, ist ein klarer Rechtsbruch der englischen Verfassung. Sie haben gegen die Verfassung verstoßen, sie in Stücke geschlagen wie eine prächtige Statue, die absichtlich fallen gelassen wurde. Es ist ein Akt mutwilliger Zerstörung. Und wenn sie einmal zerbrochen ist, glaube ich nicht, dass sie wieder zusammengesetzt werden kann. Als wir das letzte Mal so ein Territorium betreten, wurde das mit einem Bürgerkrieg bereinigt.“

Den Brexit zu Fall bringen

Nun war Herrn Johnsons Versuch, aus der EU auszutreten, blockiert und der einzige Ausweg schienen Neuwahlen zu sein. Aber obwohl er vorher angedeutet hatte, Herr Johnson sei ohne eine Parlamentswahl kein legitimer Premierminister, war Jeremy Corbyn nun gegen die Wahl. Pro-europäische Abgeordnete bestanden darauf, dass Neuwahlen nur abgehalten werden könnten, wenn der „Brexit ohne Deal“ vom Tisch war.

Die Situation wurde zu einer Farce. Die Regierung konnte nichts erreichen und wurde in ihrem wichtigsten Programmpunkt ständig blockiert. Am 29. Oktober stimmte das Parlament schließlich doch dafür, Neuwahlen abzuhalten.

2017 hatten alle größeren Parteien so getan, als würden sie den Brexit unterstützen. Alle versprachen, das Ergebnis des Referendums zu respektieren. In den folgenden zwei Jahren kam dann die Wahrheit heraus. Die Heucheleien sind inzwischen ungläubwürdig geworden.

Also planen die liberalen Demokraten jetzt, den Brexit vollständig zu annullieren. In ihrem Grundsatzprogramm steht inzwischen, sie würden so tun, als habe es nie ein Referendum gegeben. Sie werden den bedeutendsten demokratischen Wählerauftrag der Geschichte Großbritanniens einfach ignorieren.

Die Position der Labour Party ist noch abwegiger. Sie versprechen ein zweites Referendum. Aber das wird wohl nicht einfach nur eine Wiederholung des ersten Referendums sein, weil sie befürchten, die Bürger könnten wieder die „falsche“ Wahl treffen. Eine pro-EU Labour-Regierung würde einen neuen Deal mit der EU aushandeln – einen Deal, der Großbritannien noch mehr an die EU fesseln würde, als Frau Mays oder Herrn Johnsons Deals. Dann könnten die Bürger nur noch entweder für diesen Deal oder für den Verbleib in der EU stimmen.

Sie hätten dann nur noch die Wahl zwischen „Verbleiben und den Austritt verlangen“ oder „ganz in der EU verbleiben“.

Wenn sie damit Erfolg haben, wird sich die Elite schließlich doch über den Willen des Volkes hinweggesetzt haben.

Aber das ist kein einmaliges und isoliertes Ereignis. Die Geschichte des Brexits lässt ganz klar einen globalen Trend erkennen. Auch in den Vereinigten Staaten sind Politiker im Begriff, das Resultat der Wahl eines Präsidenten zunichte zu machen, weil sie ihn nicht mögen. Und in Israel versuchen die Presse und die Justiz, den Premierminister Benjamin Netanyahu zu stürzen.

Die spirituelle Ursache

Der Chefredakteur der *Posaune* Gerald Flurry spricht über diesen Trend in seiner Broschüre *Great Again (Wieder groß)* und schreibt: „Haben Sie eine positive Einstellung zu den Gründervätern Amerikas, zur Verfassung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, zur offenbarten Vorsehung, Religionsfreiheit, Redefreiheit, zur freien Marktwirtschaft und zu Amerikas Rolle im ersten und im zweiten Weltkrieg? WENN SIE SO EINE EINSTELLUNG HABEN, MÜSSEN SIE TIEF BEUNRUHIGT ÜBER DEN HEUTIGEN ZUSTAND AMERIKAS SEIN. All diese Grundpfeiler der amerikanischen Geschichte und Identität werden gerade verunglimpft und zerstört.“

Derselbe Trend herrscht auch in Großbritannien – aus einem sehr alltäglichen Grund. „ES GIBT EINE SPIRITUELLE DIMENSION FÜR AMERIKAS NIEDERGANG, DIE DIE MEISTEN LEUTE NICHT ERKENNEN“, schreibt Herr Flurry. „Die Krise, die Amerika gerade erlebt, kommt nicht von einem schlechten Präsidenten! DIE URSACHE DAFÜR LIEGT WEIT TIEFER. Aber die meisten Leute wollen das einfach nicht verstehen.“

In beiden Ländern beobachten wir dieselbe Arroganz und Machtausübung der Eliten. „Schon vor der letzten Präsidentschaftswahl hatten diese Leute die Gewissheit, dass sie gewinnen würden“, schrieb Herr Flurry in der Juliausgabe 2019 der *Posaune*. „Sie denken, sie seien dazu *ausersehen*, ‚das Universum zu beherrschen! In den meisten Fällen sind sie nicht einmal gewählte Funktionäre. Niemand hat für sie gestimmt, aber sie halten sich selbst für die einzigen Leute, die *qualifiziert* sind zu regieren. *Es geht ihnen nicht in den Kopf*, dass ein ‚Barbar‘ wie Donald Trump Präsident geworden ist und sie können das nicht akzeptieren. Also müssen sie ihn stürzen.“ In Großbritannien geht es ihnen nicht in den Kopf, dass

der „barbarische“ Durchschnittsbürger für den Brexit stimmte. Also müssen sie das Wahlergebnis rückgängig machen.

„Diese gebildeten Eliten versuchen, das Wahlergebnis von 63 Millionen Wählern [in den USA] zu Fall zu bringen!“, schrieb Herr Flurry (ebd.). Und in Großbritannien versuchen sie dasselbe mit dem Wahlergebnis von 17 Millionen Bürgern.

„DIESE LEUTE FÜHLEN SICH NICHT AN DIE [US]VERFASSUNG GEBUNDEN – DAS OBERSTE GESETZ DES LANDES! Sie haben keinen Respekt für unsere Grundrechte, die unsere Redefreiheit und Religionsfreiheit garantieren und uns vor Übergriffen der Regierung schützen“ (ebd.). Dasselbe gilt für das Vereinigte Königreich. Vorfälle in beiden Ländern haben diesen Trend klarer als jemals zuvor werden lassen.

„Seit Donald Trump Präsident wurde, wird die umfangreiche Gesetzlosigkeit und Korruption aufgedeckt, die, unterstützt von Amerikas Medien, Amerikas Führung durchsetzt hat“, schrieb Herr Flurry. „Wenn Hillary Clinton die letzte Wahl gewonnen hätte, ‚wäre diese Korruption gar nicht aufgedeckt worden!‘ Aber Gott wollte, dass das aufgedeckt würde! Er *rettet Amerika vorübergehend* und ein Grund dafür ist die Aufdeckung dieses Übels“ (*Posaune*, November 2018).

Die Abstimmung über den Brexit deckt die gleiche Art von Übel auf. Niemand hatte angenommen, Politiker seien Heilige, aber die Methoden, die das pro-EU Establishment anwendet, um seine Ziele gegen den Willen des Volkes durchzusetzen, sind doch schockierend.

Es gibt einen Grund, weshalb Gott will, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Bedenken Sie, was Herr Flurry schrieb: „Gott wollte, dass dieses Krebsgeschwür aufgedeckt würde. Wir müssen alle darüber nachdenken, warum das geschieht – und dass jeder von uns dafür verantwortlich ist!“ (ebd.).

Eine böse Macht versucht, sowohl Großbritannien als auch Amerika zu Fall zu bringen. Wenn Sie glauben, dass die Bibel Gottes Wort ist, dann können sie nicht leugnen, dass es einen Teufel gibt. Sie können nicht leugnen, dass Großbritannien und Amerika von Gott gesegnet waren. Der Teufel wirkt diesen Segnungen entgegen, um unsere Länder zu Grunde zu richten.

„Denn sie sind ein ungehorsames Volk und verlogene Söhne, die nicht hören wollen die Weisung des Herrn“, sagt Gott in Jesaja 30, 9 und beschreibt damit unsere moderne Politik. Woher kommen all diese Lügen? Christus nannte Satan den Vater der Lügen (Johannes 8, 44).

„Gott will, dass wir Satans Beteiligung und Aktivität begreifen, damit wir die wirkliche Gefahr erkennen und verstehen, wohin das unser Land noch führen wird. Jeder einzelne von uns muss Gottes Schutz dagegen anstreben“, schrieb Herr Flurry.

Satan arbeitet daran, durch den tiefen Staat Amerika zu Fall zu bringen. Und er ist auch dabei, Großbritannien durch die Europäische Union zu Grunde zu richten. Die EU ist einfach nur ein Deckmantel für das Heilige Römische Reich, eine diktatorische Macht, die schon wiederholt in Europa in Erscheinung getreten ist und versucht, der Welt ihren Willen und ihre Religion aufzuzwingen.

Trotz dieser Angriffe haben Großbritannien und Amerika ihre Sünden nicht bereut und sich auch nicht Gott zugewandt. Sie haben Ihn nicht um Hilfe gebeten. Ungeachtet dessen hat Gott unsere Völker vorübergehend gerettet. Und er hat diese Zeit dazu genutzt, das Übel aufzudecken. Die Tatsache, dass eine gesetzlose spirituelle Macht dabei ist, gegen Großbritannien und Amerika zu arbeiten, ist klarer geworden als jemals zuvor. Er will, dass unsere Völker die Gefahr erkennen und bereuen.

Es gibt aber keinerlei Anzeichen dafür, dass unsere Völker das auch tun. Ohne Reue wird diese Wiederbelebung nur vorübergehend sein. Satans Zorn gegen diese Mächte wird andauern.

Aber Sie können die Gefahr erkennen und sich Gott zuwenden. Sie können Ihre Gebete und Ihre Unterstützung für Gottes Werk verstärken und mithelfen, diese warnende Botschaft zu verbreiten.